

Die "Laibacher Zeitung" erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Ausstellung ih's Hauses sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post vorort frei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmonde-Spalte:  
zeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr.  
u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl.  
90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr.  
für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Herrn wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:  
Verordnungen der k. k. Landesbehörden für das Herzogthum Krain. Jahrgang 1860. XII. Stück.

### Inhalts-Uebersicht:

43. Verordnung der k. k. Landesregierung in Krain vom 11. September 1860,  
Nr. 14.643, womit die für das Herzogthum Krain erlassene Weinarten-Ordnung fundgemacht wird.  
Vom k. k. Redaktions-Bureau der Verordnungen der Landesbehörden für Krain.  
Laibach den 25. September 1860.

## Nichtamtlicher Theil.

### Reichsrathssitzung vom 22. September.

Nach Eröffnung der Sitzung des verstaatlichten Reichsrates von gestern — 22. Sept. — fuhr Graf Clam fort, den Comitébericht zu verlesen, welcher nach einen schnellen Überblick auf die einzelnen Zweige der Staatsverwaltung wirkt, und nicht nur bei Befreiung eines Theiles derselben die dagegen obwal tenden Beschwerden noch ein Mal kurz berührt, sondern auch die daraus für das Allgemeine hervor gehenden üblen Folgen erörtert. Der völlige Mangel an Vertrauen könne nur durch Gewährung einer festen Grundlage staatsrechtlicher Ordnung behoben werden.

Graf Clam bringt hiebei, einem früheren Beschlüsse der Versammlung zufolge, die Verhältnisse der Presse und deren Behandlung zur Sprache. Er schildert die gegenwärtigen Zustände als unhaltbar, und dringt auf baldige Abhilfe. Deshalb stellt er den Antrag auf Annahme eines Zusatzes zu dem Comitéberichte, worin gesagt würde, daß auf einem der wichtigsten Gebiete sich administrative und richterliche Thätigkeit in verderblicher Weise dermaßen durchkreuzen, daß eine sichere Grenzlinie dieser beiden Einwirkungen völlig vermiedt werde, welchem Zustande durch klare Vorschriften entschieden abgeholfen werden müsse. v. Matzatb unterstützt den Antrag, darauf hinweisend, daß, was sich bei den Zuständen der Presse in der Hauptstadt als unhaltbar darstelle, in den Provinzen noch größere Dimensionen annehme und dort noch drückender gefüllt werde. Weiter zu gehen, als eine solche Hinweisung auszusprechen, sei jedoch nicht Sache des Reichsrates. Dr. Heinrich macht darauf aufmerksam, daß es selbst im wohlverstandenen Interesse der Regierung liege, das Rechtsbewußtsein des Volkes nicht durch Preszustände, wie die gegenwärtigen, zu untergraben. Ein gleichmäßiger gesetzlicher Vorgang in allen Theilen des Reiches sei, wie überall, so insbesondere auf diesem Felde dringend zu wünschen, und jede administrative Willkür hintanzuhalten.

Fürst Salm unterstützt den Antrag des Grafen Clam. Ein öffentliches Leben ohne freie Presse sei eben so wenig denkbar, als eine freie Presse ohne öffentliches Leben. Durch Unfreiheit habe die Presse vollkommen ihre Natur verloren. Von Seite des Grafen Szécsen geschieht das Gleiche, nicht nur wegen des Inhaltes, sondern insbesondere wegen der Form und der Mäßigung, in welcher der Antrag gehalten sei. Das Wesen der Frage selbst zu diskutiren, habe der Reichsrath zu vermeiden. Doch könne er nicht verschweigen, daß der Versuch, allzu übertriebene Beschränkungen der Presse festzuhalten, noch überall wirkungslos geblieben sei. Und immer mehr trete dies ein, je mehr die Verbindung zwischen den verschiedenen Ländern zunehme. Er weist zur Unterstützung dieser Meinung auf die Ansicht hin, welche ihm

gegenüber einmal Fürst Metternich ausgesprochen habe; und dieser berühmte Staatsmann, dessen großartiges Wirken in bewegter Zeit vielfach verkannt worden sei, habe ein schiefes Urteil gegen die Präventiv-Zensur gesäßt.

Herr Maager schließt sich den Worten des Grafen Szécsen an, und freut sich, eine so allseitige Anerkennung dieser Ansichten in der Versammlung zu finden. Hervorheben müsse er noch die finanzielle Frage; die Kontrollbehörden kosteten viel, die beste Kontrolle bestehet aber in der öffentlichen Meinung, die nur durch eine freie Presse würigen Ausdruck finden könne. v. Szögyenyi hält es für das Gefährlichste, liberale Institutionen einzugehen, und sie dann durch Administrativ-Maßregeln in ihrer freien Wirk samkeit zu beseitzen. Man sei nur allzu geneigt, die Freiheit der Presse nach den Auswüchsen zu beurtheilen, welche in beweisten Zeiten in so verabscheuungswürdiger Weise an's Licht getreten seien. Es gelte jedoch nur, gesetzliche Schranken zu ziehen und diese ernstlich zu handhaben; dann würden kaum Uebelstände von irgendwelchem Gewichte zu befürchten sein. Graf Hartig teilt die vom Vorredner ausgesprochene Meinung. Die bisherige Empfindlichkeit gegen Äußerungen der Presse werde man sich bei freierer Bewegung derselben schon abgewöhnen. Jetzt sei es in mancher Beziehung noch übler als vor 1848, denn damals habe ein Schriftsteller sein Manuskript bloß der Zensur übergeben. Hätte es dieselbe passirt, so war er wenigstens vor materiellem Schaden sicher gestellt; jetzt aber sei er stets in der Gefahr, daß das Buch nach dem Druck mit Beschlag belegt werde, und somit auch noch die Druckkosten verloren gehen. Herr Trenkler unterstützt gleichfalls den Antrag des Grafen Clam, welcher von der Nichtigkeit der Versammlung angenommen wird.

v. Krajinski bringt die Sprachenfrage mit besonderer Rücksicht auf Galizien zur Diskussion. Dort sei die National sprache aus der Schule, den Gerichten den Administrativbehörden, kurz überall verdrängt worden. Er bestrebt sich, Dies durch spezielle, insbesondere dem Unterrichtswesen entnommene Angaben darzuthun. Allgemein seien die Klagen hierüber, und man habe dieselben in früherer Zeit zwar angehört, aber erst in der jüngsten Zeit angefangen, auch ihre Ursache abzustellen. Man solle nicht glauben, daß, wenn man der polnischen Sprache ihr Recht gewähre, bedienclich die deutsche Sprache verdrängt werden würde. Dieselbe werde vielmehr dann, wenn man sie Niemandem aufringen wolle, freiwillig von Jedem gelernt werden, der auf Bildung Anspruch mache. Doch müsse er zugeben, daß in jüngster Zeit eine den Wünschen der Bevölkerung mehr entsprechende Richtung eingeschlagen worden sei. Er bitte nur, dieselbe künftig hin unverrückt und mit noch größerer Entschiedenheit zu verfolgen. Justizminister Graf Radassy erklärt, daß angeordnet worden sei, alle Parteien, welche in polnischer oder rumänischer Sprache Eingaben gemacht hätten, sollten auch in dieser Sprache ihre Bescheide erhalten. Der Ministerpräsident Graf Rechberg sagt, Herr v. Krajinski habe in seinem ausführlichen Vortrage und zur Unterstützung seiner Ansicht der Verträge Erwähnung gethan. Er verzichtete darauf, deren Inhalt aus dem Gedächtnisse treu wiederzugeben. Nur Das könne er versichern, daß dieselben sehr vag und unbestimmt gehalten seien. Dennoch werden Se. Majestät sowohl für Galizien, als alle übrigen Theile der Monarchie ihrem Worte getreu bleiben, und eben so die Interessen als die Nationalität aller österreichischen Unterthanen auf's Sorgsamste wahren.

Graf Szécsen glaubt, daß die Wünsche des Herrn v. Krajinski, deren Berichtigung er vollkommen anerkenne, schon im Comitéberichte ausgedrückt seien, und daher alle die vielen H. Reichsräthe, welche in dieser Beziehung Auflagen auf dem Herzen hätten,

dieselben nicht besser, als durch Zustimmung zum Comitébericht der Regierung empfehlen könnten. Graf Apponyi bemerkt, er wisse, daß nichts schmerzlicher empfunden werde, als ein Angriff auf die historische Nationalität der einzelnen Völkerstämme. Er glaubt, diese hochwichtigen Fragen würden in der allgemeinen Organisation des Reiches hoffentlich auch ihre Lösung finden. Darum enthalte er sich, spezielle Klagen hinsichtlich Ungarns vorzubringen, schließe sich dem Antrage des Comité's vollkommen an, und hoffe, daß auch von den übrigen Mitgliedern der Versammlung das Gleiche geschehen werde. Freiherr v. Haimberger findet die ihm übertrieben scheinen Klagen wegen Unterdrückung der polnischen Nationalität auf ihr rechtes Maß zurückzuführen; Freiherr v. Lichtenfels aber glaubt, wenn man auf diesem Felde das Verlangen nach Koncessionen allzu weit ausdehne, man daran verzichten müsse, die Rechtspflege auf den Standpunkt zu bringen, den man anstrebe. Bei der Anstellung eines Richters werde man nicht mehr darüber fragen, ob er mit dem Gesetze vertraut sei, sondern die Notwendigkeit der Kenntniß dieser oder jener Sprache werde künftig hin das erste Erforderniß bilden. Warum man keinen gegenüber, welche die deutsche Sprache wohl verstanden, sich einer fremden bedienen solle, sei ihm nicht einleuchtend. Er glaubt, daß allgemeine Regeln nicht aufgestellt werden könnten, son dern, daß man sich je nach den betreffenden Verhältnissen richten müsse. Was insbesondere Galizien angehe, so könne wohl, wie es früher die lateinische Sprache gewesen, jetzt die deutsche Sprache als Verkehrsmittel in richterlichen Angelegenheiten angewendet werden. v. Szögyenyi glaubt, daß, was die Sprachenfrage betrifft, alle Ungarn einmütig der gleichen Ansicht seien. Auch dort seien große Unbilligkeiten vorgekommen, der Grund davon liege aber in dem System, dessen Korollar er sei. Nachdem aber die Abstzung dieses Systems zugesetzt worden sei, so könne er sich nur dem Antrage des Grafen Apponyi anschließen.

Bischof Strossmayer hält den wissenschaftlichen Wert des gegenwärtigen Unterrichtssystems für ungleich höher, als den des früheren. Auch müsse er anerkennen, daß in den Volks- und Mittelschulen für die Ausbildung junger Sprachen, welche früher auf sehr niederer Stufe gestanden, viel geschehen sei. Andererseits könne auch nicht gelungen werden, daß in höheren Unterrichten die deutsche Sprache allzu sehr verunsichert, und die übrigen Sprachen zu sehr beschränkt worden seien. Allerdings forderte es die Rückicht auf die Notwendigkeit, der Jugend das Studium der deutschen Sprache allgemein zugänglich zu machen. Wer auch Dies könnte übertrieben werden, und es scheine ihm Solches in der That oft der Fall gewesen zu sein. Außerdem müsse die Regierung mit gleichem oder noch größerem Eifer für Ausbildung noch weniger entwickelter Sprachen sorgen. Er besteuert, daß beim Justizministerium das Bureau für Übersetzung der Gesetze aufgeschoben werden sei, welches ausgesuchte Arbeiten gliedert habe. Justizminister Graf Radassy gibt hierüber Aufklärung, und versichert, daß jedes Gesetz, dessen Kenntniß dem Volke von Nutzen wäre, wie bisher auch künftig in die betreffenden Sprachen übersetzt werden solle. Graf Clam hebt hervor, daß schon das schöne Wort "Untersprache" auf den Banier hindeutet, welchen die heimliche Sprache auf Jeden ausübe. Eben deshalb sei aber eine eine einseitige Verübung eines so tief eingreifenden Gegenstandes nur von übelster Wirkung; diese Frage könne ihre Lösung nur in der künftigen Errichtung des ganzen Staatsorganismus finden, und er beantrage daher die Rückkehr zum Comitéberichte.

Nachdem Dies eben so wie die vom Reichsrathe Ritter v. Krajinski beantragte Modifikation von der

Verjammung angenommen worden, sagt Graf Szécsen die Vorlesung des Berichtes bis zu dessen Ende fort, wo derselbe mit dem bekannten Majoritätsantrage schließt. Graf Clam verliest das Minoritätsvotum, worauf Graf Szécsen die Gründe ausführlich erörterte, welche die Majorität des Comité's zu ihrem Antrage bewogen haben. Dasselbe sei von dem Grundsatz ausgegangen, daß nicht eine ziffermäßige, sondern eine prinzipielle Beurtheilung des Budgets seine Aufgabe sei. Die Prüfung der Missstände habe es darauf geführt; die Ursache derselben liege hauptsächlich darin, daß man den ursprünglichen Charakter der Monarchie seit vielen Jahren vollständig verkannt habe. Das unmittelbar und auch längere Zeit nach der Revolutionszeit die oberste Gewalt gewissermaßen diktatorisch konzentriert gewesen sei, hätte nicht anders sein können; von dem Augenblicke aber, wo Dies nicht mehr als notwendig sich dargestellt habe, hätte man auch mit Einschlossenheit den andern einzigen zum Heile führenden Weg betreten, und der historisch-politischen Individualität der einzelnen Theile des Reiches ihr Recht widerfahren lassen sollen. Diese historisch-politische Individualität sei Ursache, daß es eben so wenig wie ein Departement Donau oder Theiß, ein Departement Treppau oder Alzey gebe. Diese Individualität ignorieren, heißt noch nicht, sie beseitigen. Da trete die Frage des Verhältnisses zu Ungarn in den Vordergrund. Er und seine Stammesgenossen seien weder berechtigt noch gesonnen, als Vertreter ihres Landes aufzutreten; sie sprächen nur nach individueller Überzeugung. Diese spreche aber dafür, daß Ungarns Kraft und Macht eben so notwendig für Österreichs Bestand, als Österreichs Bestand für Ungarns Heil unerlässlich sei. Jeder Versuch, eine Trennung vorzubereiten, würde beide Länder verderben. Unmöglich sei es aber auch, das Gefühl des Patriotismus für irgend eine Staatenbildung zu entwickeln, wenn man damit beginnen wollte, den Patriotismus für die einzelnen Heimatländer zu erschüttern. Freilich erschöpft der Ausdruck der historisch-politischen Individualität nicht den ganzen Inhalt des Staatslebens, insbesondere in jenen Ländern, wo verschiedene Nationalitäten neben einander wohnen. Gewiß könnte die Nationalitätsfrage gelöst werden, nur dürfe man hierzu nicht den Weg der Auflösung zur Zwietracht, sondern den der Einigkeit und Versöhnlichkeit betreten. In dem Augenblicke, in welchem mit jenem Prinzip in fremden Ländern so empörender Missbrauch getrieben wird, könne allerdings auch im Innern der Monarchie diese Frage nicht in einer Weise gelöst werden, welche jenen verwerflichen Umtrieben nur neuen Bündstoff liefern würde.

Die Anerkennung der historisch-politischen Individualitäten brauche auch nicht dabin zu führen, dort aufgedrungen zu werden, wo man derselben nicht bedürfe. Dort aber, wo Dies notwendig sei, müsse es unbedingt geschehen, natürlich nur mit gewissenhaftester Wahrung alles Dessen, was zum gesamtstaatlichen Verbante der Monarchie notwendig sei. Gegen den Bestand derselben seine Stimme zu erheben, hieße den Bürgerkrieg über jeden einzelnen Landesteil hinausbeschwören. Lange habe die Monarchie schon existirt, bevor mir ihr Name ausgesprochen sei; eben deshalb müsse ihr Fortbestand mit derselben der Erhaltung der Individualität der einzelnen Kronländer in innigsten Zusammenhang gebracht werden. Dies könnte nur durch die Autonomie der Länder geschehen, welche dann am gefährlichsten sei, wenn sie, ohne die wirklichen Bedürfnisse zu befriedigen, nur als eine Scheinkoncession hingestellt werde. Sie einerseits in's Leben zu rufen, und andererseits den Gesamtverband der Theile des Kaiserstaates als unantastbar darzustellen. Das sei die Aufgabe, und den Weg anzugeben, auf welchem dieselbe verwirklicht werden könnte, müsse der Reichsrath sich als verusen ansehen. Da sei es denn seine Überzeugung, daß das politische Leben sich nicht bloß in den höchsten Zweigen der Staatsverwaltung konzentriren, sondern daß es vermittelst glücklicher Municipaliinstitutionen sich erfrischend bis in die niedrigsten Schichten der Bevölkerung erstrecken solle. Der Absatz des Majoritätsvotums, wortn von den historischen Rechten die Rede sei, habe vielfach die Befürchtung erregt, als ob die Aufstellung von Municipaliinstitutionen dort, wo deren seit langen Jahren keine bestanden, nicht eben so, als wie in den andern Ländern in's Leben gerufen werden sollte. Das Comité sei von dem Gefühl befreit gewesen, daß, wenn die Neugestaltung der Monarchie eine Wahrheit werden sollte, nicht mehr die alten Gegensätze wieder erscheinen, sondern die gleichen Rechte, wenn vielleicht nicht der Form, aber der Wesenheit nach überall eingeräumt werden sollen.

Graf Stephan Széchényi habe oft gesagt, daß die Verbindung der verschiedenen österreichischen Länder unter sich wohl alle Nachtheile einer gemischten Ehe mit sich bringe, daß sie aber von den Vortheilen einer Ehe überhaupt weit übertragt würde. Dohin zu wirken, daß diese Ehe von Niemanden mehr als eine gemischte angesehen werde, sei das gemeinsame Ziel,

welches Alle unermüdet im Auge haben müßten. In welcher Weise Dies geschehen solle, dazu seien im Majoritätsvotum die allgemeinen Andeutungen gegeben, weiter zu gehen, hätte das Comité den Reichsrath nicht für kompetent angesehen, denn es wissen wohl, daß Nichts gefährlicher sei, als plötzlich im Wege der Diskussion alle Grundlagen des bisherigen staatrechtlichen Zustandes in Frage zu stellen. Die in andern Ländern in solcher Richtung gewachten Versuche hätten sich überall als vorrichtig dargestellt, und hätten den Reichsrath von dem gleichen Wege nur abhalten können. Ein Zustimmen zu irgend einem konkreten Beschlusse würde zu gar Nichts führen; den Weg andeutet, den Beschluss aber dem Einvernehmen des Monarchen mit den Ländern selbst anheimstellen. Das hätten die Mitglieder des Reichsrathes, wenigstens diesenigen aus Ungarn, als ihre Pflicht angesehen. Niemals würde es den Ungarn bekommen, die glorreiche Erhebung des Landes im Jahre 1741 für den Fortbestand der Monarchie nicht als ein beiliges und immerdar zu folgendes Beispiel anzusehen. In einer Zeit, in welcher auf völkerrechtlichem Gebiete Grundsätze zu einem, wenn auch nur augenblicklichen Siege gelangen, die das Völkerrecht selbst völlig vernichten, da wäre es von unberechenbarem Gewinn, auf dem staatsrechtlichen Felde eine Lösung zu finden, welche die Interessen der Freiheit in gleichem Maße, wie diejenigen der Ordnung, zu wahren geeignet ist. Der Reichsrath möge sich daher in einer entschiedenen Majorität zu einem eben so entschlossenen als maßvollen Vorgeben vereinigen, und er wird mit dem Bewußtsein auseinandergehen können, eine große Aufgabe gelöst zu haben. Der Weg, auf welchem nach seiner Ansicht dieselbe sich verwirklichen lassen wird, könnte in die zwei Worte zusammengefaßt werden: „Recht gibt Kraft.“

Graf Clam glaubt, nicht nur die Ungarn, sondern auch die Österreicher müßten dem Antrage bei treten, denn die letzteren könnten nicht geringeren Wert darauf legen, als die ersten, daß Dasselbe, was Ungarn mit Recht verlangen dürfe, ihm auch gewährt werde, weil nur dadurch der bisherige Rückstand endlich gründlich heilen lasse. Neben dies sei das Bewußtsein der historisch-politischen Individualität nicht ein ausschließliches Bewußtsein der ungarischen Nation, auch die übrigen Kronländer besäßen dasselbe, und die Macht der Bureaucratie hätte es nicht zu verwischen vermocht. Die realen Verhältnisse der einzelnen Kronländer seien stärker gewesen, als jene Bestrebungen. Die sogenannten zentralistischen Wirkungen einer möglichst selbstständigen Stellung der Kronländer müsse er bestreiten; nur wer seiner speziellen Heimat auhänglich sei, werde sich dieses Gefühl auch für die Gemeinsamkeit bewahren. Napoleon habe die Stärke jenes Gefühls erkannt; denn als er steigreich vor Wien gestanden, habe er sich mit dem Gedanken einer Zerrüttung der österreichischen Monarchie beschäftigt, aber bald eingesehen, daß er Dies nicht durchzuführen vermöge. Und wenig Monate darauf sei der besiegte Kaiser in seine Hauptstadt eingezogen, und mit einem größeren und wahrhafteren Jubel empfangen werden, als ihn Napoleon jemals ersahen. Der Gedanke des großen Grobeters sei jedoch nicht verloren gegangen; er werde jetzt mehr als je gezeigt, und diesen Plänen entgegen zu treten. Das sei die erste Aufgabe, vor welcher alle übrigen zurückweichen müßten. Das könnte aber nur geschehen, wenn jedem Lande, jeder Nationalität innerhalb der großen Gränzen ihr Recht werde. Daher müßte deren Bestreben nach möglichster Autonomie Befredigung werden. Die Andeutung auf ein gewisses Selbstverwaltungsrecht sei wohl auch im Minoritätsvotum enthalten, eine solche Duodezausgabe der Autonomie würde jedoch in den Kronländern keine Abnahme finden, sondern höchstens die Magistratur auf dem Wiener Platz vermeibren. Wie man aber im Majoritätsvotum eine Gefährdung der Reichseinheit erblicken könne, vermöge er nicht einzusehen. In die nähere Charakterisierung der in diesem Gutachten enthaltenen Vorschläge einzugehen, müsse jedoch auch seiner Ansicht nach der Reichsrath sich enthalten.

Sind die Hauptheilungen der Einheit gewahrt, dann findet sich innerhalb derselben auch Raum genug zur Entfaltung der je nach den einzelnen Kronländern obwaltenden Besonderheiten. Der Redner erörtert die Möglichkeit, municipale Institutionen auch dort einzuführen, wo sie bisher nicht bestanden haben. Der Weg hierzu müsse und werde gefunden werden, denn aus diesem Selbstverwaltungsrecht allein könnten gesunde politische Institutionen hervorgehen. Die Elemente hierzu werden sich reichlich vorfinden, wenn sie nur nicht in das Verhältniß einer gegenseitigen Überordnung, sondern in dasjenige der Koordinierung gebracht werden. Er frage, ob es ein verdienstliches Werk sei, immer zu rütteln an der Geschichte, in welcher am Ende doch nur die Pietät wurdie für alles Habe und Haben. Eben so entschieden wie vizegegen spreche er sich jedoch auch gegen jeden Versuch aus, abgelebt, der Geschichte anhängigefallene Einrichtungen wieder ins Leben zurückzurufen. Nicht

eine Wiederherstellung, wohl aber eine Verjüngung. Dessen strebe er an, was früher gewesen; diese Richtung zeichne das Majoritätsvotum vor, und in diesem Sinne erkläre er sich für dasselbe. Wohl sei es Mode, über ständische Institutionen den Stab zu brechen; sie hätten aber Jahrhunderte gedauert, und das müsse von den Einrichtungen, welche von gewisser Seite bei so sehr auempfohlen worden, eifrig noch erwartet werden. Er habe es für seine Pflicht gehalten, offen zu reden; ob es ihm gelungen sey, entgegengesetzte Ansichten zu bekleben, wisse er nicht, er wolle sich aber mit gutem Gewissen sagen können: dixi et salvavi animam.

Dr. Hein eröffnete als Berichterstatter der Minorität seine Rede mit der Bemerkung: Das wenigstens sei dem Grafen Clam nicht gelungen, wenn er es überhaupt beabsichtigt habe, zur Versöhnung beizutragen. Das Minoritäts-Votum habe vielfach Zustimmung gesunden und er fürchte nicht, daß es als Magistratur vermodern werde; sollte ihm Dies beschieden sein, so werde es dann mit dem Majoritätsvotum gewiß nur das gleiche Schicksal teilen. Er wende sich von der Rede des Grafen Szécsen, und da glaube er wohl mit ihm, daß in den Abstechen der Comitémitglieder kein Unterschied obwalte, wenn sie auch über den Weg auseinander gingen, auf welchem dieselben zu verwirklichen wären. Er müsse als Berichterstatter der Minorität Demjenigen Andruck verleihen, was dieselbe gegen den Majoritätsantrag einzuwenden habe; er wolle sich bestreben, dies in versöhnlicher Weise zu thun. Er erklärt sich gegen die Forderung der inneren Legislation; aus derselben folgere aber eine zu weit gehende Selbstständigkeit auf dem Felde der Gesetzgebung. Wer auf die Wiederherstellung früherer Institutionen ausgebe, der möge doch bedenken, daß sich seither Faktoren des Staatslebens vielseitig und in überraschendstem Maße entwickelt hätten, welche zu jener Zeit gar keine, oder doch gewiß eine ihrem jetzigen Gewichte auch nur im Entferntesten entsprechende Beachtung gesunden hätten.

Er wolle keine Wunden umsofort berücken, aber selbst in Ungarn habe es in gewissen Zeitpunkten Institutionen gegeben, auf welche wohl der entschiedenste Anhänger des Majoritätsvotums nicht werde zurückgreifen wollen. Wie weit dieses aber zurückzugehen beabsichtige, sei nicht darin ausgesprochen; jeder hege eine verschiedene Ansicht, das Majoritäts-Votum sei stumm darüber, und daher habe sich die Minorität auch in dieser Hinsicht nicht dafür aussprechen können. Der Reichsrat sei eben verusen als Rathgeber der Krone; da habe er in klaren Worten, nicht aber in Rätseln sich auszusprechen, welchen Jeder eine abweichende Denkung verleihe. Die Minorität würde gut daran thun, ihren Antrag näher zu präzisiren; dann würde vielleicht Jeder mit ihr gehen können. Er wünsche eine Kombination, welche der beiderseitigen Aushandlung Gerechtigkeit widerfahren lasse, und die Minorität würde jedem darauf abzielenden Antrage beitreten. Der Antrag der letzteren sei so klar, daß er unmöglich mißverstanden werden könnte, wenn Dies nicht etwa aus Parteilichenschaft geschehe. Denn Niemand wird bestreiten, daß politische Institutionen nur dann heilsam wirken können, wenn der freien Meinungsäußerung und Selbstbestimmung der gesetzliche Boden eingeräumt wird.

Von höchster Wichtigkeit sei es, eine bestimmte Ansicht darüber zu vernehmen, ob die Minorität ein Fortbestehen und eine Ausbildung des Institutes des Reichsrathes wünsche. Wenn derselbe nach der Abstimmung Sr. Maj über die Vorlagen der Ländervertreterungen berathen solle, so müsse er auch höher stehen, als diese; was die Minorität hierüber denkt, sei noch nirgends gesagt worden. Wohl aber werde sie den Schlussworten des Majoritätsvotums bestimmen, und das erwäge in ihm noch die Hoffnung, daß vielleicht dennoch eine Ausgleichung gefunden werde, indem ja alle dasselbe, die Erhaltung der Reichseinheit mit möglichster Entfaltung der Hilfsquellen der einzelnen Kronländer, beabsichtigen.

(Wie die „Ost-D. Post“ berichtet, verlangte Dr. Hein die Vorlesung des Vorberichts, den einige Mitglieder der Minorität zu dem Antrage derselben gemacht. Graf Clam erklärt, daß ein solcher nicht vorliege. Dr. Hein behauptet, er wisse bestimmt, daß ein solcher [oder Auerspergscher Antrag] gemacht und formulirt worden sei. Hierauf erhebt sich Graf Auersperg zu der Erklärung, daß er allerdings einen besondern Antrag verfaßt habe und vortragen wollte. Derselbe habe den Zweck gehabt, die entgegengestellten Anträge und Meinungen zu vermitteln. Da er sich aber in den letzten Tagen überzeugt habe, daß für eine solche Vermittlung keine Ansicht auf Erfolg sei, so unterlasse er sein Spezialvotum, und schließe sich einfach der Minorität an.)

Nach einigen Bemerkungen des Grafen Clam, worin er seine Äußerungen zu rechtfertigen sucht, wird die Sitzung geschlossen.

## Vom Kriegsschauplatze in Italien.

Nach und nach laufen Nachrichten ein, welche eine Übersicht der militärischen Operationen im Kirchenstaate vom Beginn des Feldzuges an ermöglichen. Wir erkennen daraus zweierlei: Erstens, daß General Lamoricière in der That in dem Wahne besangen war, die Piemontesen würden nicht wagen, ihn anzugreifen. Als er Depesche auf Depesche erhielt, daß die Piemontesen sich an der Cattolica sammeln, soll er einer Mittheilung der „Patrie“ zufolge, gerufen haben: „Sie haben Angst, als wenn daß Donnerwetter ihnen im Nacken säße; aber noch regnet es nicht; sie wagen nichts!“ Als ihm die bekannte Sommation des piemontesischen Obergenerals übergeben wurde, sagte er zu dessen Adjutanten Farini: „Ihre Generale wissen wahrscheinlich, daß ich Ancona vierzehn Tage halten kann. Das ist viel. Vielleicht ist dann Alessandria nicht mehr das Ihrige.“

Ist es nicht offenbar, daß Lamoricière auf rechtzeitige Intervention zu Gunsten des Kirchenstaates, sei es moralischer, sei es militärischer Art, mit Zuversicht rechnete? Wer hätte ihn in diesen Irrthum hineingelockt, aus welchem allein sich die unglückliche Disposition seiner Truppen im Momente des Ueberfalles erklären läßt? Auch das Rätsel der telegraphischen Depesche, welche Lamoricière am 15. d. M. nach Ancona schickte und worin er die bevorstehende Ankunft einer französischen Verstärkung von 25.000 M. und 48 Kanonen verkündete, ist noch nicht gelöst. Hier liegen Machinationen vor, deren Urheber vielleicht nie genannt werden, welche aber zu dem raschen Untergang der päpstlichen Armee wesentlich beigetragen haben.

Das Zweite, was wir aus der uns vorliegenden Nachrichten entnehmen, ist der Umstand, daß General Galdini den Vortheil, welchen er noch vor der Schlacht von Castelfidardo durch die Unterbrechung der Kommunikation zwischen dem Lager von Macerata und Ancona errang, einem Marsche verdankte, den seine Truppen mit außerordentlicher Raschheit vollführten. Galdini's Korps legte in 21 Stunden 38 Meilen zurück, gelangte dadurch in den Besitz der Positionen von Toire de Jesi, Oscino und Castelfidardo, und schnitt Lamoricière's Hauptkorps von der Festung Ancona, seinem letzten Reduit, ab. Dieser Manöver war ein außerordentlich glückliches, und führte die bekannte Entscheidung mit Nothwendigkeit herbei. Wir erhalten heute auch Aufklärung über den Ursprung der irrthümlichen Nachricht von einem Siege Lamoricière's. Diese Angabe bezog sich wahrscheinlich auf die Waffenbat einer Kolonne seiner Truppen, welche bei Sinigaglia bereits von ihrer Rückzugslinie abgeschnitten war, der es aber gelang, bei St. Angelo quer durch eine piemontesische Division hindurch zu passiren, und mit zwei Kanonen nach Ancona zu gelangen.

Der „A. A. Z.“ wird darüber aus **Ancona**, 14. September, berichtet: Oberst Kanzler traf mit seiner Kolonne heute Nachts von Pesaro hier ein, nachdem er durch einen sehr kühnen Rückzug sich davor gerettet hatte, gänzlich abgeschnitten zu werden. Oberhalb Sinigaglia fand er die Piemontesen bereits in Schlachtlinie aufgestellt. Dadurch, daß er gerade auf das feindliche Korps (unter General Galdini) losmarschierte, und dann plötzlich die längs des Meeres sich hinziehenden Ausläufer der Apenninen zu gewinnen suchte, brachte er den piemontesischen Befehlshaber zu dem Glauben, die päpstlichen Truppenkolonne wolle sich nach Jesi in's Gebirge werfen. Die Piemontesen beeilten sich daher, die Straße dorthin abzuschneiden und gaben dem Obersten Kanzler dadurch Gelegenheit, mit Benützung der einbrechenden Dunkelheit wieder auf die Hauptroute zu kommen. Jedoch ging die ganze Jagd verloren, und die Nachhut, welche mit der piemontesischen Vorhut fortwährend im Gefecht blieb, verlor beträchtlich viel Leute. Das ausgeführte Manöver rettete aber doch das Hauptkorps, denn von der piemontesischen Uebermacht bereits hart gerängt, blieb nur Gefangenschaft oder der Tod im Meere als Aussicht.

An dem tüchtigen Offizier, der das Manöver ausführte, wird Lamoricière in Ancona eine gute Stütze haben. Leider spricht aus allen Correspondenzen, die aus jener Festung eingehen, die Ueberzeugung, daß der Platz sich nicht lange halten werde. Die Vertheidigungsmäßregeln, so schreibt unter Anderm ein Berichterstatter der „A. A. Z.“, sind im Allgemeinen so geöffnet, daß man beinahe glauben könnte, die Truppenführer fühlen die Unmöglichkeit, die Stadt für den heiligen Stuhl zu behaupten.

## Oesterreich.

**Benedig**, 21. September. Das Statthaltereipräsidium macht bekannt, zur Verhütung der Einschmuggelung von Waffen und Braudschriften, Ein schleichen gefährlicher Individuen und heimlicher Flucht über die Grenze, seien die Militär-Patrouillen an

der Grenze angewiesen, bei Widerlichkeit von den Waffen umfassenden Gebrauch zu machen. Die Küstenbeleuchtung wurde eingestellt.

## Italienische Staaten.

**Livorno**, 20. Sept. Garibaldi hat entschieden die Annexion verweigert, weshalb Depretis seine Mission gegeben. Der Finanzminister Scialoja folgte diesem Beispiel. Der englische Admiral vor Neapel schreibt: „Die Zustände dahier sind durchaus nicht befriedigend. Viktor Emanuel muß nach Neapel kommen, je eher desto besser.“ Das Capua, Aversa und Gaeta von den Garibaldianern angegriffen worden, ist bis jetzt noch unwahr.

**Genua**, 21. Sept. General Schmidt wurde soeben von einem Offizier an die Grenze der Schweiz begleitet. Die päpstlichen Truppen schlugen sich unter äußerster Erbitterung und Hartnäckigkeit. Mehrere Aerzte wurden requirirt, um sich auf den Kriegsschauplatz zu begeben. Unter den in Spoleto Gefangenen befindet sich der dortige Delegat Monseign. Prencoli.

**Mailand**, 21. Sepbr. Mazzini weilt in Lano und schreibt: „Ich gewinne immer mehr Boden und stehe ohne Rast, mein Ziel zu erreichen. Ich denke, auch Garibaldi werde noch meinen Zwecken dienen.“

— Das „J. d. Debats“ bringt von seinem wohlunterrichteten neapolitan. Korrespondenten neue Nachrichten über die letzten Stunden der Dynastie Bourbon. Wir entnehmen denselben Folgendes: „Während der König zu Schiff nach Gaeta fuhr, folgten ihm zu Lande die Reste seiner ehemaligen Armee, etwa noch 8000 Mann, die von Neapel am 6. abzogen; „die Fremden-Korps waren zum großen Theile zu Garibaldi übergegangen.“ Die Kriegskasse hatte der König nach Gaeta vorausgeschickt: „der König hat dem Schatz 220.000 Dukati für die Kriegskasse in Gaeta, 40.000 für die von Capua und 880.000 Dukati für seine eigene Person abgesondert, und da kein Geld mehr im Staatschase war, so nahm man diese 1.400.000 Dukati aus der Bank und übermachte ihr dafür Renten scheine.“ Den Befehlshabern der Forts Sant' Elmo und del Nono hinterließ der König versiegelte Instruktionen; diese Nachricht verbreitete Schrecken in Neapel. Auch befahl der König dem General Marcella, die Maschinen in der Stückgießerei zu zerstören; dieser Befehl blieb jedoch unausgeführt. Den „Debats“ zufolge geht die Gemalin des Königs Franz nicht mit nach Spanien, sondern nach München, wohin der Fürst von Baffano sie begleitet.

## Frankreich.

**Paris**, 19. Sept. „Man hat in Toulon auf den Kaiser geschossen“ — meldeten wir vor drei Tagen. „Das ist nicht wahr“, sagt heute die „Patrie“; „die Nachricht von einem verbrecherischen Attentate auf die Person des Kaisers ist vollständig falsch.“ Mit dem Schusse hat es aber gleichwohl seine Richtigkeit. Ein ehemaliger Postbeamter, Namens Burle, ein überspannter Kopf, hatte seit zehn Jahren für Louis Napoleon, den er vergöttert, mit einer alle Logik übersteigenden Hingabe Propaganda zu machen gesucht, war aber, da er über der Politik seine ordinäre Berufspflicht veräußerte, von der ihm vorgesetzten Behörde aus dem Dienste entlassen worden. Der Kaiser hatte ihm seitdem Privatunterstützung gewährt und auch bei einem seiner Kinder Patte gestanden. Dieser Enthusiast wünschte sich nun in Toulon seinem erhabenen Gevatter persönlich vorzustellen, und verfiel, da die Polizei ihm jede Annäherung an Se. Majestät unmöglich machte, auf die zwar nicht mehr ganz neue Idee, die Aufmerksamkeit des Kaisers durch einen Knall auf sich zu ziehen. Als Ihr Majestät die Neustadt passirten, fiel der Schuß; Burle hatte eine Pistole in die Fuste geknallt. Alles dachte Alles im ersten Augenblick an ein Attentat; als aber die Polizei den Freudenjubeln gepackt und erkannt hatte, daß der Knall nur eine Huldigung halte sein sollte, löste sich Alles in Wohlgefallen auf. Burle erhielt ein Paar Maulschellen; damit war die Sache abgebau.

**Paris**, 21. Sept. Die Nachricht der offiziösen Blätter von der Abreise des sardinischen Gesandten.

## Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Raum.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Linien
22. September	6 Uhr Morg.	328.01	+ 4.9 Gr.	N.	still	heiter
	2 " Nachm.	327.97	+ 15.4 "	N.	detro	detro
	10 " Abend	328.18	+ 9.4 "	NNW.	detro	detro
23.	6 Uhr Morg.	328.01	+ 6.3 Gr.	NW.	still	Nebel
	2 " Nachm.	327.10	+ 15.4 "	NW.	detro	heiter
	10 " Abend	326.93	+ 9.4 "	NW.	detro	detro
24.	6 Uhr Morg.	326.74	+ 7.0 Gr.	NW.	still	Nebel
	2 " Nachm.	326.15	+ 15.4 "	W.	schwach	detro
	10 " Abend	326.81	+ 10.7 "	W.	detro	detro

Nigra, ist ungenau. Dieselbe wird wahrscheinlich nach der Ankunft des Kaisers abreisen. — Dem Vernehmen nach beharrt Garibaldi bei seiner Absicht, auf Rom zu marschiren. — Hier ist abermals das Gerücht verbreitet, der Papst werde Rom verlassen. — „Pays“ und „Patrie“ dementieren die Nachricht von einem Proteste Österreichs gegen die neuesten Ereignisse im Kirchenstaat; die österreichische Regierung habe lediglich ein Rundschreiben erlassen, worin es seine Ansichten im Betreff der Dinge in Italien darlegt.

## Todesfall.

Der Weihbischof der Diözese Breslau und Bischof von Hebron i. p. i. Bernhard Bogedain ist am 17. d. M. mitten in seinem Berufe zu Pleß an einem Lungenschlag gestorben. Er war 1810 zu Fröbel in Oberschlesien geboren und 1834 zum Priester geweiht.

**Coblenz**, 22. September. Gutem Vernehmen nach wird Freiherr v. Schleinitz am 9. Oktober in Coblenz mit Lord John Russell, welcher die Königin Viktoria hieher begleitet, konferiren.

**Paris**, 22. September. Die hier verbreitete Nachricht, die Österreicher hätten den Mincio passirt, wird offiziell dementirt. Die „Patrie“ läugnet, daß Kaiser Napoleon den Wunsch ausgedrückt habe, den Festlichkeiten in Warschau beizuwollen.

**Semlin**, 23. Sept. „Serbole Novine“ melden: Fürst Milosch ist nicht tot, befindet sich auf dem Wege der Besserung; man hofft die gänzliche Herstellung derselben.

## Neuestes aus Italien.

**Mailand**, 23. Sept. Der heutige „Perseveranza“ wird aus Turin vom 22. geschrieben: Der Kommandant der Belagerungs-Armee vor Ancona bat den in dieser Stadt weilenden Fremden 3 Tage Frist zur Ordnung ihrer Angelegenheiten gewährt. Galdini erhielt das Großkreuz des Militär-Ordens von Sachsen. Garibaldi's Brief an Brusco hat in Turin großes Aufsehen erregt. — Der Verlust der Piemontesen bei Castelfidardo beträgt bei 1000 Mann und 11 Offiziere an Toten und Verwundeten.

**Neapel**, 18. Sepbr. Die Kriegsschiffe der neapolitanischen Flotte befinden sich ohne Motoren; ein Theil ist nach Hause, der größere Theil nach Gaeta desertirt.

**Caserta**, 18. Sept. Baron Brenler verläßt am 21. Neap. 1. nachdem er sein Wappen eingezogen. **Turin**, 23. Sept. Ein Letartifel der heutigen „Optimale“, mit der Überschrift „Cavour und Garibaldi“, bemerkt: „Nicht Garibaldi's Waffen, sondern Cavour's Politik werden Italien schaffen; sobald die Marchen und Umbrien pacifiziert sind, dürfte die Vertheidigung des Papstes den piemontesischen Truppen anvertraut werden, und diese werden Rom bis aufs Neuerste gegen einen Angriff Garibaldis schützen. Das Ministerium wird sein Programm aufrecht erhalten und stark und energisch genug sein, das entgegengesetzte Programm Garibaldi's, das er unbefugter Weise im Namen Viktor Emanuels an den Tag legt, zu paralyseren. Das Ministerium wird in diesem Zwischenfälle die Nation auf seiner Seite haben.“

## Theater.

Heute, Dienstag: „Mönch und Soldat“, Charakterbild in 3 Akten.

Fräulein v. Franken, welche gestern Abend kurz vor Beginn der Vorstellung so erkrankte, daß an eine Aufführung des „Marzib“ nicht zu denken war, und dem schon versammelten Publikum das Eintrittsgeld zurückgestattet werden mußte, befindet sich zwar auf dem Wege der Besserung, ist aber so schwach, daß ihr Auftreten für heute Abend nicht möglich ist.

# Aushang zur Laibacher Zeitung.

Effekten- und Wechsel-Kurse  
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien  
Den 24. September 1860.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques . . . . 64.	Augsburg . . . . 114.
5% Nat.-Aul. . . . . 75.	London . . . . . 133.10
Bankaktien . . . . . 743.	k. k. Diskaten . . . . . 6.35
Kreditaktien . . . . . 169.	

## Fremden-Anzeige.

Den 22. September 1860.  
— Mr. Javonsky, Gutsbesitzer, von Wallendorf. —  
Mr. Fuchs, Eisenbahn-Direktor, von Wien. — Mr. Martinz, Hauptzollamtbeamter, von Brod. — Die Herren v. Stuckl, Brink und Fecht, Kaufleute, von Triest. — Mr. Sandbichler, Handelsmann, von Millstatt. — Mr. Puker, Agent, von Paternion. — Mr. Baronin Küberk, von Wien.

Den 23. Mr. Rektorzik, k. k. Rechnungsgericht, von Brünn. — Mr. Petan, k. k. Hauptzollamt-Offizial, von Innsbruck. — Mr. Svoizer, k. k. Bezirkspostmeister, von Czabar. — Mr. Toncar, Besitzer, von Görz. — Mr. Jesch, Handelsmann, von Esseg.

3. 328 a (3)

## Kundmachung.

Von Seite des k. k. Militär-Führwesens-Standesdepot Nr. 6 wird bekannt gemacht, daß Mittwoch am 26. d. M.

## drei Stück militärdienstuntaugliche Bugpferde

hier in Laibach am Jahrmarktplatz um die 9. Vormittagsstunde an den Meistbietenden öffentlich veräußert werden, wozu Kauflustige eingeladen sind.

Laibach am 21. September 1860.

3. 1705. (1) Nr. 2703.

## Kundmachung.

Über Ansuchendes Hrn. Eduard Heiden, Glasfabriksbesitzer in Gairach, nun in Hrasnig, ist die freiwillige Versteigerung seiner Realitäten und Mobilarien im Orte Gairach, bestehend:

- a) aus dem großen gemauerten, 1 Stock hohen, mit Ziegeln eingedeckten Wohnhause, mit 8 geräumigen Wohnzimmern, 2 Speisegewölben und sonstigen Bebärunnen und den dazu gehörigen 2 Gewinnegärten, dann 8 Joch 474 Quadratklafter Acker, Wiese und Weiden;
- b) aus 1 ebenerdigen Wohnhause mit 2 großen Zimmern, 1 Pferdestall auf 8 Pferde und 1 Wagenremise;
- c) aus 2 gemauerten Kellergebäuden und Magazinen, 1 Kubstalle für 6 Stück, aus einer Mägdekammer, Dreschboden, und sonstigen Wirtschaftsgebäuden;
- d) aus der gut ausgestatteten Hammermühle im Lachemgraben;
- e) aus der Bauernrealität in der Ortschaft Gorelze, bestehend aus 26 Joch 1528 Quadratklaftern gut kultivirter Aecker, Wiesen, Weinäerten und Waldungen, dann Wohn- und Wirtschaftsgebäuden;
- f) aus verschiedenen tott und lebenden Fahrnissen, als: 12 Wagen, Schlitzen, 6 Pferden, große und kleine Weinfässer und verschiedenen sonstigen Hausr., und Zimmerinrichtungsstücken und Wirtschaftsgeräthen, bewilligt werden.

Die Versteigerung wird am 9. und 10. Oktober 1860 Vormittag von 9 bis 12 Uhr und Nachmittag von 2 bis 5 Uhr in der Art vorgenommen, daß am 9. Oktober 1860 Vormittag um 9 Uhr die Bauernrealität e) in Gorelze Urb. Nr. 180 ad Galraab, und Nachmittag von 2 bis 5 Uhr die daselbst befindlichen Fahrnisse jeder Gattung, am 10. Oktober 1860 Vormittag von 9 bis 12 Uhr die Realität unter a, b, c und d in Gairach Urb. Nr. 93 und 213 selbst, und Nachmittag von 2 bis 5 Uhr aber alle dabei befindlichen tott und lebenden Fahrnisse jeder Gattung versteigert werden.

Diese Realitäten sind an der gut konservirten Gairacher Bezirksstraße und an dem mit stetem Wasser versehenen Grasbrettsbach gelegen, und eignen sich zu jeder industriellen Unternehmung um so mehr, als sich in unmittelbarer Nähe die großartigen Herrschaft Gairacher und sonstige Waldungen befinden.

Es werden daher Kauflustige zur zahlreichen Einschätzung mit dem Besitzer eingeladen, daß die Bedingungen für die Realitäten, welche täglich hier eingeschaut werden können, sehr billig gestellt sind.

Der Meistbot für die Fahrnisse muß aber gleich gezahlt werden, und es beträgt das Batum für die

Realität unter a, b und c 400 fl. für die Realität unter d 100 fl. und für die Realität unter e 190 fl. k. k. Bezirksamt Lüder, am 21. September 1860.

3. 1620. (3) Nr. 3034.

## G d i f t.

Mit Bezug auf das Edikt vom 30. Juni d. J. 3. 2051, wird allgemein bekannt gemacht, daß die 1. und 2. Heilbeitung den Lorenz Svetelschen Realität in Sabozhen für abgethan erklärt, und die 3. auf den 19. November 1860 angeordnete Heilbeitung, als Einzige und Letzte beibehalten wird k. k. Bezirksamt Oberlaibach, a. s. Gericht, am 7. September 1860.

3. 1503. (10)

## In der Privat-Mädchen-Schule der

### Leopoldine Petritsch,

Fürstenhof Nr. 206, ersten Stock,  
wird der Schulkurs am 1. Oktober 1860 beginnen.

In dieser Schule, für welche stets die tüchtigsten Lehrkräfte thätig sind, werden nebst allen für die Normal-Hauptschulen vorgeschriebenen Gegenstände auch Geographie, Weltgeschichte, Naturgeschichte und Naturlehre, dann die italienische, englische und französische Sprache, so wie auch Fortepiano, Gesang, Zeichnen und alle weiblichen Handarbeiten in abgesonderten geräumigen Lehrzimmern gelehrt.

Für die französische Sprache ist eine tüchtige Französin aufgenommen worden, daher eine gründliche Bildung in dieser Sprache mit Zuversicht erwartet werden kann.

Auch können in die „Fortschritts-Klasse“ größere Mädchen, welche die Normal-Klassen bereits beendet haben, jedoch eine höhere, dem jetzigen Zeitalter angemessene Bildung anstreben, für einzelne Gegenstände, als: deutsche Literatur, Weltgeschichte, Naturlehre &c. — natürlich um geringere Preise — eintreten.

Ebenso werden Mädchen in Kost und Quartier gegen sehr billige Bedingnisse aufgenommen und es wird bereits erwachsenen Mädchen abgesondert gründlicher Unterricht im Kochen, in allen weiblichen Handarbeiten und in der Haushaltung ertheilt.

Die Programme dieses Institutes liegen bei der Gefertigten zur Einsicht vor.

### Leopoldine Petritsch,

Vorsteherin.

3. 171. (3)

## Clotilde Meditz,

### Kleidermacherin,

### Schusterstraße, Nr. 170, II. Stock,

empfiehlt sich der geehrten Damenwelt und garantiert bei billiger Bedienung solide und nach dem neuesten Mode-Journal gefertigte Arbeit; auch werden bei derselben Lehramädchen gegen billige Lehrgeld aufgenommen und ausgebildet.

3. 1719.

## Billiges Quartier

vom 1. Oktober 1. J. bis 24. April 1861,  
gegen 100 fl. öst. W. zu vermieten.

Dasselbe besteht aus 3 Zimmern, 1 Küche, 1 Speisegewölbe, 1 Holz- und 1 Dachkammer, und ist am Schulplatz Haus-Nr. 288, 2 Stock, mit der Ansicht gegen das Schulgebäude, die Domkirche und Pelana-Vorstadt, gelegen.

3. 1660. (3)

## Marie Edle v. Zollerndorf,

macht hiermit bekannt, daß in ihrer Privat-Mädchen-Schule der Lehrkurs mit 1. Oktober beginnt, und die Mädchen in allen Gegenständen der 4 Klassen, in der Geografie und Weltgeschichte, im Zeichnen, in allen weiblichen Handarbeiten, im Klavierspielen, im Italienischen, sowie im Französischen, durch Madame Anfossi, einer geborenen Französin, unterrichtet werden.

Wohuhast in der Spitalgasse Nr. 277, im 2. Stock.

3. 267. (11)

Die neuesten und geschmackvollsten Muster von in- u. ausländischen Papier-Tapeten von 30 fr. bis 5 fl. öst. W. per Rolle à 10 Ellen, liegen zur Ansicht bereit in der Schnitt-, Kurrent- und Modewaren-Handlung des Albert Trinker am Hauptplatze Nr. 239, vis-à-vis des im vormaligen Herrn Franz Neßmann'schen Hause innegehabten Lokales.

3. 1700. (2)

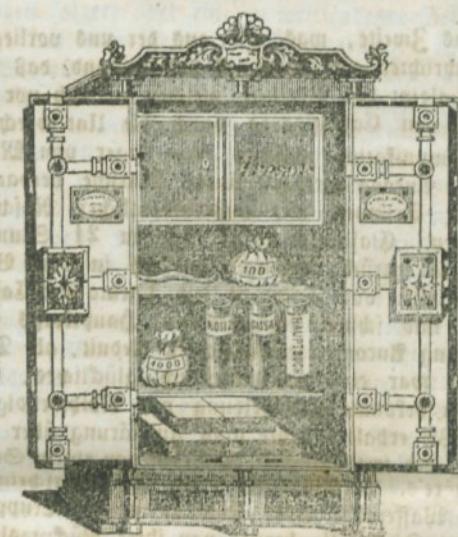
## Zwei Rostknaben,

Schüler der vierten Normalschulklass, finden bei einer soliden Familie Aufnahme. Auskunft hierüber ertheilt aus Gefälligkeit H. Putre, Lehrer, Salendergasse Nr. 194.

3. 320. (15)

Kaiserl. Königl.

erste österreichische landespriv. Fabrik eiserner, feuerfester, gegen Einbruch sicherer



## Geld-Kassen

von  
F. Werthheim & Wiese in Wien.

NIEDEBLAGE: Stadt, Tuchlauben 436. Unsere Fabrik ist speziell in diesem Artikel in Europa die grossartigste, und hat in dem Zeitraume von sechs Jahren gegen 7000 Stück feuerfeste Kassen und Schreibblische fabriert und verkauft. Die bisher möglichen Verbesserungen und Fortschritte in diesem so wichtigen Artikel fanden Anwendung, und kleine Kosten werden gescheut, das Fabrikat auf der anerkannt hohen Stufe zu erhalten.

In circa 30 vorgekommenen Fällen bei Feuer- und Einbruchs-Versuchen haben sich unsere Kassen laut amtlichen Bezeugnissen fast bestens bewährt und deren Bestehen den Inhalt gerettet.

3. 1720. (1)

Meine bisherige Wohnung in der Linergasse wird zu Michaeli verändert.

Eingezogen ins Haus-Nr. 46, alter Markt, nächst der St. Florianskirche.

Das Kornbrot, das nur bei mir zu bekommen ist, wird zur grössern Bequemlichkeit des Publikums beim hiesigen Wildprethändler im gräfl. Stubenberg'schen Hause Nr. 281, A. Miklauzhizh, zu bekommen sein.

Johann Podlager,  
Bäckermester.